

Geschichte Neigungskurs
Januar 2006

Die Entwicklung Europas

1951 – 2004

bearbeitet von

Miriam Straub und Stephan Rogosch

Europa:



Lage Europas

Die Europäische Union:



Die Europäische Union (EU) ist ein Staatenverbund von 25 Staaten mit 456,9 Millionen Einwohnern (sieben Prozent der Weltbevölkerung). Sie stellt gemessen am Bruttoinlandsprodukt den größten Wirtschaftsraum der Welt dar.

Tabellarischer Überblick von 1951-2004

1951

15. Februar

Konferenz zur Gründung der EVG („Europäische Verteidigungsgemeinschaft“) in Paris

18. April

„Die Sechs“ (Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien) unterzeichnen die Pariser Verträge zur Gründung der EGKS („Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)

1952

27. Mai

Der Vertrag zur Gründung der EVG wird unterzeichnet

23. Juli

Der EGKS-Vertrag tritt in Kraft

1953

1. Januar

Die EGKS-Abgabe wird eingeführt, die erste europäische Steuer

10. Februar

Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl zwischen den Sechs: Zölle und Rohstoffbeschränkungen werden beseitigt

9. März

Vertragsentwurf für eine europäische politische Gemeinschaft, mit dem Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik, der Wahrung der Menschen- und Grundrechte und der Errichtung eines einheitlichen Marktes

1954

30. August

Der EVG-Vertrag wird in der französischen Nationalversammlung abgelehnt

20. Oktober

Der Brüsseler Pakt wird erweitert und in Westeuropäische Union (WEU) umbenannt

21. Dezember

Der Europäische Gerichtshof verkündet sein erstes Urteil

1955

1.-2. Juni

Die Außenminister der EGKS-Länder beschließen in Messina die Ausweitung der westeuropäischen Integration auf alle Wirtschaftsbereiche

23. Oktober

In einem Referendum stimmt die Bevölkerung des Saarlandes für eine Angliederung an die Bundesrepublik Deutschland

1957

25. März

Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ zwischen den EGKS-Staaten. Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)

1958

1. Januar

Die Römischen Verträge treten in Kraft. EGKS, EWG und Euratom verfügen über zwei gemeinsame Organe: Gerichtshof und Parlament

19. März

Eröffnungssitzung der parlamentarischen Versammlung

3.-11. Juli

In Stresa werden Grundlagen einer europäischen Agrarpolitik ausgearbeitet

7. Oktober

Der Europäische Gerichtshof ersetzt den der EGKS

1960

4. Mai

Gründung der EFTA (European Free Trade Association)

1961

18. Juli – 9. August

Irland, England, und Dänemark stellen Aufnahmeanträge in die EG

1967

Erster Juli

Fusionsvertrag: Es entstehen gemeinsame Exekutivorgane (Kommission und Rat) für die Europäischen Gemeinschaften

1968

Erster Juli

Die Zollunion tritt in Kraft

1969

22.-23. Juli

Nach mehrjähriger Unterbrechung wegen Unstimmigkeiten mit England nimmt der Rat die Prüfung der Beitritte Englands, Dänemarks, Irlands und Norwegens wieder auf

1972

22. Januar

Norwegen, England, Irland und Dänemark unterzeichnen die Verträge über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften

24. April

Einführung der „Währungsschlange“

Mai – Oktober

Alle Beitrittsländer bis auf Norwegen lassen ihre Beitritte durch Referenda untermauern

1973

8. Februar

Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes

1975

12. Juni

Griechenland beantragt die Aufnahme in die EG

1. August

KSZE-Schlussakte wird unterzeichnet

1976

3. November

Beginn einer gemeinsamen europäischen Fischereipolitik

1977

28. März bzw. Juli

Portugal bzw. Spanien beantragen Aufnahme in die EG

1979

13. März

Das „Europäische Währungssystem“ tritt in Kraft

7.-10. Juni

Erste Direktwahlen zum „Europäischen Parlament“

1981

23. - 24. März

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Maastricht, Niederlande, werden wirtschaftliche und soziale Perspektiven erörtert.

29. - 30. Juni

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, werden hauptsächlich die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven und die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft, den USA und Japan erörtert.

1982

25. März

25. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

30. Mai

Spanien wird 16. Mitglied des Nordatlantikpaktes (NATO).

15. September

Das Parlament begeht den 30. Jahrestag der ersten Sitzung der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

1983

4. - 6. Dezember

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Athen, Griechenland wurden Optionen zur künftigen Finanzierung der Kommission, zum Haushaltsungleichgewicht, zur Anpassung der

gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), zur Stärkung der Effizienz der Strukturfonds und zur Entwicklung neuer Gemeinschaftspolitiken unterbreitet.

1984

14. Februar

Das Europäische Parlament nimmt mit großer Mehrheit den Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union (Spinelli-Entwurf) an.

13. Juli

Die Deutsch-Französische Vereinbarung über die schrittweise Beseitigung der Grenzkontrollen wird in Saarbrücken, Deutschland, unterzeichnet.

1985

29. - 30. März

Der Europäische Rat stimmt auf seiner Tagung in Brüssel, Belgien, dem Beitritt Spaniens und Portugals zu den Gemeinschaften zu und nimmt die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) gemäß dem Vorschlag der Kommission an.

7. Mai

In Bonn, Deutschland, findet der elfte westliche Wirtschaftsgipfel statt. Die Kommission legt zwei Erklärungen vor, eine politische zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs und eine wirtschaftliche über nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung.

12. Juni

Unterzeichnung der Beitrittsverträge Spaniens und Portugals.

14. Juni

Die Kommission übermittelt dem Europäischen Rat ein Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes. Das Schengener Abkommen über die Abschaffung der Grenzkontrollen wird von Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden in Schengen (Luxemburg) unterzeichnet.

22. Juli

Der Rat stimmt der Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel zu, den Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ändern und einen Vorschlag für einen Vertrag für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzusetzen.

23. Juli

Die Kommission übermittelt dem Europäischen Rat ein Grünbuch über die Perspektiven einer Gemeinsamen Agrarpolitik.

2. - 4. Dezember

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, vereinbaren die Zehn, die Römischen Verträge zu ändern und den Prozess der Europäischen Integration mit der Ausarbeitung einer Einheitlichen Europäischen Akte erneut in Gang zu setzen.

1986

1. Januar

Spanien und Portugal treten der Europäischen Gemeinschaft bei.

17. und 28. Februar

In Luxemburg und in Den Haag wird die Einheitliche Europäische Akte zur Änderung der Römischen Verträge unterzeichnet.

29. Mai

Die von den Organen der Europäischen Gemeinschaften eingeführte Europaflagge wird erstmals zu den Klängen der Europahymne vor dem Berlaymont-Gebäude aufgezogen.

11. Juni

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

1987

12. September

Die Wirtschafts- und Finanzminister verabschieden Maßnahmen zur Stärkung des Europäischen Währungssystems (EWS).

1988

2. Februar

In Brüssel, Belgien, findet unter Teilnahme der Gemeinschaft, ihrer Mitgliedstaaten und der Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) eine Ministertagung zum Thema Binnenmarkt statt.

11. - 13. Februar

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel wird Einvernehmen über alle Schlussfolgerungen zu dem Dossier "Die europäische Akte muss ein Erfolg werden - eine neue Perspektive für Europa" erzielt.

1989

26. - 27. Juni

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Madrid, Spanien, werden entscheidende Schlussfolgerungen zur Wirtschafts- und Währungsunion verabschiedet; ferner wird die Notwendigkeit hervorgehoben, bei der Vollendung des Binnenmarktes Ausgewogenheit zwischen sozialen und wirtschaftlichen Aspekten zu gewährleisten, und die Priorität der Umweltfragen bestätigt. Im Rahmen der politischen Konzertierung werden auf dieser Tagung außerdem zwei wichtige Erklärungen zur Lage im mittleren Osten und in China angenommen.

17. Juli

Die Republik Österreich beantragt offiziell ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

1990

19. Juni

Das Abkommen von Schengen über die Abschaffung der Grenzkontrollen wird von den Benelux-Staaten, Deutschland und Frankreich unterzeichnet.

20. Juni

Die EWG und die EFTA nehmen offizielle Verhandlungen über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums auf (EWR).

4. Juli

Die Republik Zypern beantragt ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

16. Juli

Die Republik Malta beantragt ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

27. November

Italien unterzeichnet das Schengener Abkommen.

1991

14. April

Eröffnung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London.

1. Juli

Schweden beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften.

9. - 10. Dezember

Der Europäische Rat erzielt in Maastricht Einigung über den Entwurf des Vertrags über die Europäische Union.

16. Dezember

Unterzeichnung der Europa-Abkommen mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

1992

7. Februar

Die Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten unterzeichnen in Maastricht den Vertrag über die Europäische Union.

20. Mai

Die Schweiz stellt einen formellen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

1993

5. April

Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Norwegen in Luxemburg.

25. Oktober

Auf einer interinstitutionellen Konferenz in Luxemburg verabschieden Rat, Kommission und Parlament eine Erklärung über Demokratie, Transparenz und Subsidiarität.

29. Oktober

Der Europäische Rat gibt auf seiner Tagung in Brüssel eine Erklärung zum Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union ab und bekräftigt, dass die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994 eingeleitet wird. Er legt Bereiche für gemeinsame Aktionen der Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fest.

1994

30. März

Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen in Brüssel.

31. März

Ungarn beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäische Union.

5. April

Polen beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäische Union.

18. Juli

Unterzeichnung von Freihandelsabkommen mit Estland, Lettland und Litauen in Brüssel.

1995

1. Januar

Österreich, Finnland und Schweden treten der Europäischen Union bei.

1. Februar

Die Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Union und Bulgarien, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik treten in Kraft.

26. März

Das Schengener Übereinkommen zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien tritt in Kraft.

28. April

Österreich unterzeichnet das Schengener Übereinkommen.

1. Mai

Liechtenstein wird Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums.

11. Mai

Der Atomwaffensperrvertrag wird auf unbestimmte Zeit verlängert (gemeinsame Aktion im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik).

31. Mai

Die Kommission verabschiedet ein Grünbuch über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung.

12. Juni

Unterzeichnung der Assoziationsabkommen mit Estland, Lettland und Litauen (Europa-Abkommen).

22. Juni

Rumänien beantragt die Aufnahme in die Europäische Union.

27. Juni

Die Slowakei beantragt die Aufnahme in die Europäische Union.

17. Juli

Die Europäische Union unterzeichnet ein Interimsabkommen mit Russland, ein Europa-Mittelmeer-Abkommen mit Tunesien und ein Kooperationsabkommen mit Vietnam.

26. Juli

Die Mitgliedstaaten unterzeichnen das Europol-Übereinkommen über die polizeiliche Zusammenarbeit.

27. Oktober

Lettland beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäische Union.

7. November

Unterzeichnung eines neuen Euratom-US-Abkommens über die friedliche Nutzung der Kernenergie.

27. November

Estland beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäische Union.

12. Dezember

Litauen beantragt offiziell die Aufnahme in die Europäische Union.

15. - 16. Dezember

Der Europäische Rat legt auf seiner Tagung in Madrid den 29. März 1996 als Termin für den Beginn der Regierungskonferenz fest und bestätigt den 1. Januar 1999 als Termin für den Übergang zum "Euro".

1996

17. Januar

Die Tschechische Republik stellt ihren Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union.

22. April

Georgien, Armenien und Aserbaidschan unterzeichnen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union.

10. Juni

Slowenien reicht den offiziellen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union ein.

27. September

Die fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichnen das Übereinkommen zur Auslieferung sowie das Protokoll zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union. Der Rat nimmt die entsprechenden Rechtsakte an.

19. Dezember

Dänemark, Finnland und Schweden unterzeichnen das Schengener Abkommen.

1997

2. Oktober

Die Außenminister der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichnen den Vertrag von Amsterdam.

1998

1. Februar

Die Europa-Abkommen mit Estland, Lettland und Litauen treten in Kraft.

12. März

Die Europa-Konferenz tagt in London, Teilnehmer sind die 15 Mitgliedstaaten und die Länder, die offiziell den Beitritt beantragt haben.

10. November

Tagungen auf Ministerebene im Rahmen der Beitrittskonferenzen mit Zypern, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien.

31. Dezember

Der Rat nimmt die festen und unwiderruflichen Umrechnungskurse zwischen den elf nationalen Teilnehmerwährungen und dem Euro an.

1999

1. Januar

Der Euro wird offiziell eingeführt. Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien führen den Euro als offizielle Währung ein.

1. Mai

Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam.

2000

15. Januar

Auftaktsitzung der auf Ministerebene geführten Regierungskonferenzen für die Beitrittsverhandlungen mit Malta, Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien

in Brüssel (Belgien). Jaime Gama erinnerte die Beitrittskandidaten an die Bedeutung - der förmlichen Umsetzung und praktischen Anwendung des Rechtsbestands der Gemeinschaft, - eines reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts und der EU-Politik insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Justiz und Inneres sowie Umwelt, - der Angleichung an die EU in Fragen der Beziehungen zu Drittländern und internationalen Organisationen. Er bekräftigte, dass jedes Beitrittsgesuch gesondert geprüft wird. Die beitriftswilligen Länder stellten ihre strategischen Ziele vor sowie ihre politischen, kulturellen und sozioökonomischen Erwartungen, die sie an den Beitritt knüpfen.

7. Dezember

Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

2001

2. Januar

Griechenland wird das 12. Mitglied der Eurozone.

26. Februar

Nach dem im Dezember 2000 in Nizza, Frankreich, abgehaltenen Europäischen Gipfel wird ein neuer Vertrag (Vertrag von Nizza) unterzeichnet. Dieser Vertrag ändert den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ab.

14. Dezember

Die Länder der Eurozone beginnen "Euro-Kits" auszugeben. Den Bürgern wird so die Möglichkeit geboten, bereits vor der Einführung des Euro, Euro-Münzen zu erwerben.

2002

1. Januar

Die Euromünzen und -scheine werden in den zwölf teilnehmenden Mitgliedstaaten in Umlauf gebracht: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

28. Februar

Der Euro wird in den zwölf teilnehmenden Mitgliedsstaaten alleiniges Zahlungsmittel, die Zeit des Parallelumlaufs geht zu Ende.

9. Oktober

Die Europäische Kommission empfiehlt, dass die Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakischen Republik und Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern bis Ende des Jahres abgeschlossen werden sollten. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass diese Länder ab 2004 für die Mitgliedschaft bereit sein werden.

Schengener Abkommen

Am 14. Juni 1985 unterzeichneten die Vertreter der fünf EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg bei Schengen das Schengener Übereinkommen.

Im Schengener Übereinkommen vereinbarten mehrere europäische Staaten, auf Kontrollen des Waren- und Personenverkehrs an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten.

Am 19. Juni 1990 unterzeichneten diese Länder dann das Schengener Durchführungsübereinkommen, in dem die konkreten Verfahrensabläufe der Umsetzung des Übereinkommens in gesetzlicher und technischer Hinsicht festgelegt sind.

Seither traten folgende Staaten bei:

- 27. November 1990 - Italien
- 25. Juni 1992 - Spanien, Portugal
- 6. November 1992 - Griechenland
- 28. April 1995 - Österreich
- 19. Dezember 1996 - Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Island (Norwegen und Island traten Schengen bei, obwohl sie keine Mitglieder der Europäischen Union sind)
- 29. Mai 2000 Vereinigtes Königreich und Irland (eingeschränkte Teilnahme, nur Strafverfolgung und polizeiliche Zusammenarbeit, keine Reisefreiheit)
- 1. Mai 2004 - Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern (derzeit noch keine Anwendung in den 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten)
- (Unterzeichnung: 16. Oktober 2004) - Schweiz (muss noch ratifiziert werden. Das Referendum wurde ergriffen, die Frist läuft am 31.3.2005 ab. Sollten 100'000 Wahlberechtigte das Referendum unterstützen, käme es am 5. Juni 2005 zur Volksabstimmung)

Vertrag über die Europäische Union/Vertrag von Maastricht

Er wurde im Dezember 1991 im niederländischen Maastricht vom Europäischen Rat beschlossen und stellen die bis dahin größte Änderung der Verträge seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft dar. Mit diesem Vertragswerk wurde die Europäische Union als übergeordneter Verbund gegründet.

Er beinhaltet neben einer Reihe von Änderungen des EG-Vertrags und des Euratom-Vertrages den Gründungsakt der Europäischen Union, ohne diese allerdings selbst zu vollenden. Es war – wie auch die Entwicklung der EG – ein erster Teilschritt auf dem Weg hin zu einer endgültigen EU-Verfassung, die die EU-Verträge ersetzen soll.

Die hiermit gegründete Europäische Union ersetzte nicht die Europäischen Gemeinschaften, sondern stellt diese mit den neuen „Politiken und Formen der Zusammenarbeit“ (Artikel 47 EU-Vertrag) unter ein gemeinsames Dach. Zusammen mit anderen Elementen bilden die Europäischen Gemeinschaften die drei Säulen der Europäischen Union:

- die Europäischen Gemeinschaften
- die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
- die polizeiliche und juristische Zusammenarbeit in Strafsachen

Der EU-Vertrag wurde mit dem Vertrag von Amsterdam und den darauf folgenden Verträgen erweitert.

Vertrag von Amsterdam

Der Vertrag von Amsterdam wurde von den EU-Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juni 1997 verabschiedet und am 2. Oktober 1997 unterzeichnet. Er trat am 1. Mai 1999 in Kraft.

Der Vertrag von Amsterdam verändert und ergänzt den Vertrag von Maastricht, löst diesen aber nicht ab. Er sollte ursprünglich dazu dienen, die Europäische Union auch nach der Osterweiterung handlungsfähig zu halten. Eine durchgreifende Reform der EU scheiterte allerdings und machte weitere Reformen nötig.